

Niederschrift

über die Sitzung des Betriebsausschusses - öffentlich -

Datum: 13.11.2013

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:33 Uhr – 18:51 Uhr

Vorsitz: Herr Bürgermeister Miko Runkel

Beschlussfähigkeit

Soll:	13	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	12	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Hans-Joachim Siegel
Herr Karl-Friedrich Zais

Fraktion DIE LINKE
Fraktion DIE LINKE

krank
dienstlich

Frühzeitiges Verlassen

Herr Bernd Reinshagen
Herr Joachim Ziems

Fraktion FDP
Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

17:45 Uhr; TOP 3.1; privat
18:35 Uhr; TOP 4.1; privat

Stadtratsmitglieder

Herr Dr. Christoph Gericke
Herr Jürgen Konrad
Herr Wolfgang Kraneis
Herr Thomas Lehmann
Herr Jürgen Leistner
Herr Dr. Ullrich Müller
Herr Klaus Möstl
Herr Dr. Peter Neubert
Herr Dr. Volkmar Schubert

SPD-Fraktion
Fraktion FDP
SPD-Fraktion
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
CDU-Ratsfraktion
CDU-Ratsfraktion
SPD-Fraktion
Fraktion DIE LINKE
CDU-Ratsfraktion

stellvertretendes Ausschussmitglied

Herr Thomas Scherzberg

Fraktion DIE LINKE

Vertretung für
Herrn Hans-Joachim Siegel

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Gerd Bochmann
Herr Kai Hähner
Frau Evelin Kapp
Herr Kai Tietze

beratend Teilnehmende

Frau Carola Nowaczyk
Herr Manfred Wüpper

stellvertretende Betriebsleiterin ESC

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Bernd Gregorzyk Amtsleiter Amt 66
Frau Ilona Teichert Sachbearbeiterin SG 20.22

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der Vorsitzende, **Herr Bürgermeister Runkel**, eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Beschlussvorlagen an den Betriebsausschuss
-

- 3.1 Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Grundlagenermittlung und Vorplanung einer Bioabfallvergärungsanlage in Chemnitz
Vorlage: B-221/2013 Einreicher: Dezernat 3/ASR
-

Zur Beschlussvorlage wurden eine Änderung der Verwaltung sowie je ein Änderungsantrag von Herrn Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE) und Herrn Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) sowie von Herrn Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ausgereicht.

Herr Wüpper (Betriebsleiter ASR/ESC) führt in die Beschlussvorlage ein und spricht zur Historie der Vorlage. Er erklärt, dass die Ergebnisse aus Beratungen es ratsam erscheinen ließen, dass ein externes Büro eine Machbarkeitsstudie erstelle, welche eine unabhängige Aussage geben solle, ob eine Bioabfallvergärungsanlage machbar und wirtschaftlich wäre. Die Beschlussvorlage sähe drei Institute für die Studie vor.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) meldet Bedenken an und weist darauf hin, dass es in den Koalitionsverhandlungen u. a. um das EEG gehe und fragt, ob es ggf. sinnvoll wäre, die Studie erst nach Abschluss der Verhandlungen zu erstellen.

Herr Bürgermeister Runkel sagt, dass bis zum Ergebnis Studie die Koalitionsverhandlungen sicher abgeschlossen seien.

Herr Stadtrat Reinshagen (Fraktion FDP) äußert, dass Betreiber nicht unbedingt der ASR sein müsse, sondern eine Ausschreibung erfolgen könne. Auch solle eine Ausschreibung ohne vorgegebene Kosten erfolgen und ein Angebot abgewartet werden.

Herr Bürgermeister Runkel weist darauf hin, dass im Betriebsausschuss bereits Konsens bestand, dass eine entsprechende Anlage in Chemnitz erbaut werden solle. Wenn eine Ausschreibung erfolge, werde der Stadt Chemnitz die Entscheidung aus der Hand genommen und für die Bürger entstünden deutlich höhere Kosten. Da der ASR kostendeckend arbeiten müsse und keine Gewinne machen dürfe, wäre dies für die Gebührenzahler günstiger.

Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass sich mit der Änderung der Verwaltung zum Punkt 2 auch der Punkt 4 in der Anlage 2 hätte ändern müssen.

Er sagt ferner, dass es bezeichnend sei, dass ein Unternehmen seine Bewerbung zurückgezogen habe. Er fragt, wie die Auswahl zustande gekommen sei und ob eine derartige beschränkte Ausschreibung rechtliche sauber sei.

Herr Wüpper führt aus, dass vor der Vergabe eine Grobkostenschätzung vorgenommen wurde, welche im mittleren fünfstelligen Bereich liege. Somit sei eine freihändige Vergabe möglich, da die Kosten unter 100.000 € betragen werden. Die Institute unter Ziffer 1 und 3 wurden hinzugezogen, weil bekannt sei, wie diese arbeiten.

Herr Bürgermeister Runkel sagt, dass der Punkt 4 in Anlage 2 redaktionell angepasst und die Angebotseinholung, Auswertung und Auftragsvergabe bis **Ende Dezember 2013** erfolgen werden.

Herr Stadtrat Konrad (Fraktion FDP) stellt fest, dass im Betriebsausschuss kein Konsens zum Standort der Anlage bestand. Auch sei alles Vorliegende auf den ASR zugeschnitten. Es müsse eine Studie vorgelegt werden, wie der Ausschuss entscheiden solle, dies sei mit der Vorlage jedoch offen.

Herr Bürgermeister Runkel betont, dass das Votum aus dem Betriebsausschuss eingeholt wurde entsprechend des bereits erfolgten Ablaufs zu verfahren.

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) informiert, dass seine Fraktion das Unternehmen Gicon aus Dresden eingeladen hatte und fragt, ob diese ggf. auch in die Auswahl einbezogen werden könnten. Er meint, dass das Geld in der Region bleiben solle.

Herr Wüpper erklärte, dass Gicon bekannt sei, aus den Angeboten jedoch hervorgehe, dass es bei diesem Unternehmen um keine unabhängige Beratung gehe, sondern die eigenen Leistungen verkauft werden sollen. Anliegen der Stadt Chemnitz sei es, dass das Gutachten offen und nicht auf den ASR zugeschnitten sei. Es solle herausarbeiten, ob es überhaupt in Chemnitz möglich sei, eine solche Anlage zu schaffen.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) stört, dass mit den Änderungsanträgen die Erbauung der Anlage im Umland geprüft werden solle. Er finde es unredlich, dass Bürgern anderer Kommunen die Belastungen einer solchen Anlage zugemutet werden sollen, weil die Chemnitzer davon verschont bleiben sollen.

Herr Bürgermeister Runkel verdeutlicht, dass Gegenstand der Untersuchung u. a. die Belastung gegenüber der Bevölkerung unabhängig vom Standort sein solle. Zum Standort wurde sich bereits einstimmig für Chemnitz verständigt.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) sagt zum Auswahlverfahren, dass es wichtig sei, dass integrale Institute ausgewählt wurden. Er würde dem Institut Witzhausen den Zuschlag erteilen, da das Institut größte Erfahrungen in der Bioabfallentsorgung habe. Er begründet den Änderungsantrag von Herrn Dr. Neubert und Herrn Siegel und ist der Auffassung, dass eine Verbandslösung mit betrachtet werden müsse. Er führt aus, dass Frau Weigert in der letzten Sitzung der Verbandsversammlung das Thema angesprochen habe und es keinen Widerspruch gab, dass Überlegungen zu einer Verbandslösung angestrebt werden. Die vorgeschlagene Änderung der Formulierung im Punkt 1 eröffne die Möglichkeit einer Verbandslösung. Zum Punkt 2 erklärt er, dass es Auffassung des AGENDA-Beirates sei, dass Bioabfälle Teil der Siedlungsabfälle seien.

Er meint, dass Kriterien vorgegeben werden müssen, wenn eine Studie in Auftrag gegeben werde. Zum Änderungsantrag des Herrn Lehmann sagt **Herr Stadtrat Scherzberg**, dass der Punkt 2 mit in den Änderungsantrag der Vertreter der Fraktion DIE LINKE übernommen werden könne.

Herr Bürgermeister Runkel weist im Zusammenhang mit Punkt 1 der Änderungsanträge darauf hin, dass ab 01.01.2015 die Kommunen verpflichtet seien, Bioabfälle zu erfassen, was für die Landkreise nicht möglich sein werde. Somit könne sich Chemnitz nicht darauf verlassen, dass die Umsetzung mit den anderen Verbandsmitgliedern funktioniere. Er betont auch, dass der Weiße Weg nicht aus der Betrachtung raus sei und plädiert, den Passus „in Chemnitz“ nicht zu ändern. Chemnitz habe außerhalb keine Planungshoheit und die Studie müsse ausgeschrieben werden. Auch sollten in Chemnitz Arbeitsplätze geschaffen werden.

Herr Dr. Bochmann (sachkundiger Einwohner) unterstützt zu den ausgewählten Instituten die Aussagen des Herrn Scherzberg. Er fragt, ob es schon Interessenten von außerhalb gäbe, welche die Anlage in ihrer Kommune bauen lassen möchten. Zur Verbandslösung sagt er, dass Chemnitz somit abhängig von anderen und die Zeitschiene zu lang wäre.

Zum Punkt b des Änderungsantrages der Vertreter der Fraktion DIE LINKE sagt er, dass diese Thematik in den Punkten 3 und 5 des Beschlussvorschlages erscheine.

Zum Punkt 2 des Änderungsantrages von Herrn Stadtrat Lehmann äußert er, dass die Prüfung der Hochwassersicherheit zur Standortprüfung unbedingt dazugehöre und nicht explizit gefordert werden müsse.

Zum Punkt c des Änderungsantrages der Vertreter der Fraktion DIE LINKE geht er auf den Kriterienkatalog ein und erklärt, dass dieser Sachverhalt nur möglich sei, wenn die Anlage in Chemnitz und nicht lediglich für Chemnitz erbaut werde.

Herr Wüpper sagt, dass sich die Punkte b und c des Änderungsantrages gegenseitig ausschließen. Er macht Ausführungen zu Bioabfällen, Klärschlamm und dessen Verwertung und erklärt, dass er Klärschlamm aus der Gesamtbetrachtung ausschließen würde.

Zum Kriterienkatalog (Punkt c des Änderungsantrages) informiert er, dass in der ursprünglichen Beschlussvorlage eine Kriterientabelle enthalten war. Er meint, dass die vorliegenden Wichtungspunkte nachvollziehbar seien, allerdings sehe er die unterschiedlichen Wichtungen der verschiedenen Einspeisungen als kritisch. Auch sei die Revitalisierung von Brachflächen nicht enthalten, was jedoch zu berücksichtigen sei.

Herr Bürgermeister Runkel weist darauf hin, dass es Anliegen der Beschlussvorlage war, dass das entsprechende Institut unvoreingenommen und ohne Vorgaben arbeite. Die vorliegenden Wichtungen könnten im Ergebnis der Studie genutzt werden.

Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion) äußert, dass es möglich wäre, dass das Institut vorschläge, welche umwelt- und allgemeinrechtlichen Bedingungen vorgegeben und gewichtet werden und wo es Spielräume gäbe.

Herr Bürgermeister Runkel erklärt, dass das BImSchG und andere Gesetze Vorgaben liefern, welche bei der Beurteilung berücksichtigt werden müssen. Auch müsse die Mengenbilanz Thema der Untersuchungen sein.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt zum Punkt 1 seines Änderungsantrages aus, dass das Gebiet der Untersuchung weiter gefasst und mit dem Verband geredet werden solle. Zum Punkt 2 des Änderungsantrages betont er, dass dies über eine normale Standortprüfung hinausgehe, da die Problematik Hochwasser in der Gesamtheit untersucht werden müsse. Er sagt, dass die Beschlussvorlage für ihn nur zustimmungsfähig wäre, wenn diese Thematik explizit aufgenommen werde.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) meint, dass eine Ausschreibung bei einer Verbandslösung nicht erforderlich wäre. Zur Gewichtung erklärt er, dass die Stromeinspeisung unter die anderen Einspeisungen genommen wurde, da es absehbar sei, dass aufgrund des EEG Einschnitte geben werde. Die Gewichtung für die Revitalisierung sei u. a. im Versiegelungsgrad enthalten. Er plädiert für ein klares Vorgehen, da ansonsten ggf. ein Ergebnis vorgelegt werde, was nicht gewünscht sei. Auch gehe es nicht um eine Verbands- oder Stadtlösung, sondern die Prüfung solle gleichrangig erfolgen.

Herr Bürgermeister Runkel zähle beim offenen Prüfauftrag auf die Erfahrung der Institute.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) fragt, ob es Vorschriften für die Werte der Tabelle gäbe oder ob diese auf der Meinung des AGENDA-Beirates beruhen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass seine Firma im Jahr 2011 im Auftrag der eins Energie eine Studie zur Bioabfallverwertung in Chemnitz durchgeführt habe. In Anlehnung dieser Studie und weiterer Studien sowie aus Erfahrungen heraus seien die Wichtungen entstanden.

Herr Stadtrat Dr. Schubert (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass zum jetzigen Kompostierungspartner keine Beschwerden vorliegen und ein Anbieter bereit sei, seine Anlagen aufzurüsten. Er spricht sich für die Änderung in „für Chemnitz“ aus, da mit dieser allgemeineren Formulierung nichts ausgeschlossen werde. Im Gesamtkonzept solle nicht nur die Stadt Chemnitz betrachtet werden. Er meint, dass private Lösungen ca. 20 % günstiger wären als öffentliche Anbieter.

Herr Bürgermeister Runkel weist zur Frage von Herrn Dr. Bochmann darauf hin, dass noch kein Bürgermeister aus dem Umland zur Erstellung der Anlage angefragt habe.

Zu den Ausführungen des Herrn Schubert erklärt er, dass die jetzige Kompostierung nicht mehr fortzusetzen sei und der jetzige Betreiber gleiche Chancen bei einer Ausschreibung hätte. Gegenstand der Studie werden auch Details zum Output sowie die Leistungen durch den öffentlichen Dienst sein. Er betont, dass die öffentliche Abfallentsorgung Aufgabe der Daseinsfürsorge und dafür der Eigenbetrieb zuständig sei.

Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion) möchte wissen, wer den Kriterienkatalog erarbeitet habe und ob dieser ein objektives Regelwerk sei.

Herr Wüpper führt aus, dass der Kriterienkatalog das Ergebnis einer Analyse im Auftrag der eins Energie sei. Hieran war auch das Umweltamt beteiligt. Es seien alle Kriterien eingeflossen, die die Beteiligten im Verfahren als wichtig betrachtet haben. Der Katalog sei allerdings nicht wissenschaftlich untermauert.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass es sich bei den Studien der eins Energie und des Umweltzentrums um unterschiedliche Studien handle.

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) betont, dass es mit der Vorlage lediglich darum gehe, die Überlegungen zur Abfallanlage voranzubringen. Das entsprechende Institut solle die einzelnen Sachverhalte wichten. Er möchte wissen, mit welchen Kosten für die Studie zu rechnen sei.

Herr Wüpper informiert, dass eine Kostenschätzung mit ca. 60.000 € erfolgt sei. Er ergänzt zu den Ausführungen des Herrn Schubert, dass die Studie einen Standort in Chemnitz finden solle. Auch könne Chemnitz außerhalb der Stadt keinen aktiven Einfluss nehmen bzw. die Anlage selbst betreiben.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und beantragt eine Pause.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

18:05 – 18:15 Uhr Pause

Abstimmung über den Änderungsantrag Herr Stadtrat Dr. Neubert und Herr Stadtrat Siegel

- | | |
|----------------|---|
| Punkt a | einstimmig bestätigt
(10 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung) |
| Punkt b | mehrheitlich abgelehnt
(2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen) |
| Punkt c | mehrheitlich abgelehnt
(2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung) |

Abstimmung über den Änderungsantrag Herr Stadtrat Lehmann

1. *obsolet*
2. **einstimmig bestätigt
(10 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Beschluss B-221/2013

1. Der Betriebsausschuss beschließt die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Grundlagenermittlung und Vorplanung einer Vergärungsanlage für Bio- und Grünschnittabfälle für die Stadt Chemnitz.

Die Machbarkeitsstudie soll folgende Inhalte umfassen:

1. Allgemeine Darstellung der Vorteile einer Bioabfallvergärungsanlage in Chemnitz
 2. Darstellung der abfall- und energierechtlichen Rahmenbedingungen
 3. Bewertung der durch den ASR erstellten Mengenbilanzen und des Energiepotenzials
 4. Standortanalyse von 12 Standorten
 5. Vorstellung der möglichen technologischen Verfahren
 6. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für die 3 geeignetsten Standorte unter Beachtung der verschiedenen technologischen Verfahren
 7. Ökologische Bewertung und Erstellung einer Ökobilanz
 8. Prüfung des Standortes auf Hochwassersicherheit und Eignung als künftiges Hochwasserentlastungsgebiet
 9. Erstellung einer Projektskizze inkl. Zeitplanung
 10. Zusammenfassung und Vorstellung der Ergebnisse in den verschiedenen städtischen Gremien
2. Der ASR wird beauftragt, nach Durchführung eines Auswahlverfahrens eines der folgenden Beratungsunternehmen mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu beauftragen.
 1. INFA – Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management/Ahlen
 2. INTECUS GmbH/Dresden
 3. Witzenhausen-Institut/Witzenhausen

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(11 Ja-Stimmen)**

3.2 2. Änderung zum Wirtschaftsplan 2013 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz

Vorlage: B-254/2013

Einreicher: Dezernat 1/ESC

Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion) erklärt, dass er über die Steigerung der Anschaffungskosten der Regenüberlaufbecken in Höhe von ca. 23 Mio. € und über das Nichteinhalten des Fertigstellungstermins für das ABK Ende 2015 überrascht war und hätte erwartet, dass die Verwaltung über Änderungen dieser Größenordnung informiert.

Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion) stellt fest, dass es sich hierbei um einen Unterschied von 280 % handle und dies einer differenzierten Darstellung der Ursache bedarf. Die Standortprobleme hätte er gern näher beschrieben.

Herr Wüpper führt aus, dass die zentrale Erschließung des ABK vorangetrieben wurde und der Bau weiterer Regenüberlaufbecken erfolgen müsse. Dies sei jedoch ein schwieriges Vorhaben mit umfangreichen Abwägungen. In der Grobkostenschätzung seien unbekannte Größen nicht realistisch eingeschätzt worden, so seien auch mehr Volumina erforderlich als ursprünglich geplant. Zudem müssen alle Unwägbarkeiten mit der Landesdirektion abgestimmt werden. Er erklärt, dass die gesteigerten Kosten nicht hingenommen werden könnten und in Ausschöpfung aller Ermessensspielräume sich juristisch mit der Landesdirektion auseinandergesetzt werden müsse. Dies sei auch der Grund, warum das ABK nicht innerhalb des vorgesehenen Zeitraumes vorgelegt werde. Dieses werde voraussichtlich im Herbst 2014 nochmals angepasst. Für das Jahr 2014 werden entsprechende Verpflichtungsermächtigungen eingestellt werden.

Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion) sagt, dass diese Fakten in der Beschlussvorlage präziser hätten dargestellt werden müssen. Er fragt, welchen Wert ein Planansatz bei einer solch extremen Unsicherheit habe. Er kritisiert, dass ein Informationsdefizit vorliege.

Herr Wüpper bezieht sich nochmals auf die Gründe für die Nichtrealisierung des ABK und könne noch nicht verbindlich zusichern, welches Ergebnis es geben werde.

Zu den Regenüberlaufbecken führt er aus, dass ein bis vier Becken gebaut werden müssten und erläutert dies.

Frau Nowaczyk (stellvertretende Betriebsleiterin ESC) ergänzt zum rechtlichen Vorgehen, dass sich dies zeitlich nicht geleistet werden könne. Mit den Planänderungen wurden die VE korrigiert. Aus der Handlungsoption der Landesdirektion können noch keine weiteren Aussagen zum Entgelt gemacht werden.

Herr Wüpper sagt zum Wirtschaftsplan 2014, dass die voraussichtlichen Kosten in Planungs- und Baukosten aufgeteilt wurden um Transparenz zu schaffen.

Herr Bürgermeister Runkel denkt, dass sich der Freistaat Ende 2015 nochmals mit der Thematik beschäftigen müsse, da die Landkreise die bisherigen Vorgaben nicht schaffen werden.

Herr Dr. Bochmann (sachkundiger Einwohner) fragt zur Erhöhung des Speichervolumens, ob keine geschätzten Angaben gemacht werden konnten. Zur Aussage in Anlage 2, Seite 2, dass aufgrund unbekannter Hinweise Mehrkosten entstehen, fragt er, ob es Konsequenzen gegenüber der Bahn gäbe, wenn die entsprechenden Zeichnungen nicht in Ordnung waren.

Herr Wüpper informiert, dass derzeit mögliche Konsequenzen geprüft werden.

Beschluss B-254/2013

Der Betriebsausschuss beschließt gemäß § 16 Abs. 1 des Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes und § 10 Abs. 4 lit. i) der Satzung des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz die Änderung des Investitionsplans als Teil des Wirtschaftsplanes 2013 für den Eigenbetrieb „Entsorgungsbetrieb der Stadt Chemnitz“ gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(10 Ja-Stimmen)**

4 Verschiedenes

4.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Herr Bürgermeister Runkel informiert, dass beabsichtigt sei, die planmäßige Sitzung des Betriebsausschusses vom 04.12.2013 auf den 17.12.2013 zu vertagen, um nach der Behandlung der Beschlussvorlagen B-199/2013 und B-200/2013 in den Ortschaftsräten nochmals abschließend im Betriebsausschuss zu beraten zu können.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion) weist darauf hin, dass hierzu eine Abstimmung erfolgen müsse und dass der 17.12.2013 ein Dienstag sei, an welchem andere Sitzungen stattfinden.

Herr Wüpper erläutert, dass diese zwei Satzungsänderungen noch im Jahr 2013 beschlossen werden müssen, um am 01.01.2014 in Kraft zu treten. Sollte die Beschlussfassung im Jahr 2013 nicht mehr erfolgen, müssten alle bis zum Inkrafttreten der Satzung anfallenden Kosten durch Haushaltsmittel gedeckt werden, weil dies durch Gebühren zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgen könne.

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) meint, dass über die Ergebnisse der Ortschaftsräte im Stadtrat informiert werde und dies ausreichend sei.

Herr Bürgermeister Runkel macht deutlich, dass die zwei genannten Beschlussvorlagen bereits im Betriebsausschuss bestätigt wurden und am 04.12.2013 nicht noch eine Befassung mit den Vorlagen erfolge.

Herr Dr. Bochmann (sachkundiger Einwohner) sagt, dass die Stadtratsmitglieder des Betriebsausschusses in ihren Fraktionen um ein positives Votum bitten sollten.

Abstimmung über die Verschiebung der Sitzung des Betriebsausschusses vom 04.12.2013 auf den 17.12.2013

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

4.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion) informiert, dass der Weg an der Fußgängerbrücke am Pegasusparkhaus furchtbar aussehe und fragt, wer sich diesem Thema widmen könne, um einen ordnungsgemäßen Zustand herzustellen.

Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion) bezieht sich auf das im Juni 2013 ausgereicht Energiekonzept Heinersdorf und bittet hierzu noch die CO₂-Bilanz auszureichen.

5 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Betriebsausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Herr Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE)** und **Herr Stadtrat Dr. Schubert (CDU-Ratsfraktion)** bestimmt.

25.11.2013 *Miko Runkel*
Datum Miko Runkel
Vorsitzender
des Ausschusses

27.11.2013 *Neubert*
Datum Dr. Neubert
Mitglied
des Ausschusses

27.11.2013 *V. Schubert*
Datum Dr. Schubert
Mitglied
des Ausschusses

25.11.2013 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin